

# Regierung gegen «Abqualifizierung»

**Finanzkontrolle** Erste Antworten des Regierungsrates – SVP prüft Budgetkürzungsantrag

VON MATHIAS KÜNG

Die Finanzkontrolle hat im Auftrag der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (Kapf) aus einer Detailbuchungsliste von 10998 Buchungen des Jahres 2010 eine Stichprobe von 1481 Buchungen ausgewählt und diese überprüft. Es ging um Belege der Departemente, der Staatskanzlei und der Justizbehörden. Deren «Wert» umfasst knapp 39 Millionen Franken.

Die Finanzkontrolle kommt in ihrem bisher unveröffentlichten, der az Aargauer Zeitung aber vorliegenden Bericht von Ende September zum Schluss: «Rund 20 Prozent oder 309 der 1481 Stichproben sind falsch verbucht worden.» Sie kritisiert: «Eine derart hohe Quote von Falschbuchungen erstaunt und ist nicht akzeptabel.»

Die Regierung schreibt in ihrer unveröffentlichten, der az Aargauer Zeitung ebenfalls vorliegenden Antwort, es stelle sich immer wieder heraus, dass die Zuordnung auf das richtige Konto gelegentlich nicht einfach sei «und einen gewissen Ermessensspielraum zulässt». Man werde analysieren, inwieweit die Kontierungsanleitung angepasst werden muss. Regierungssprecher Peter Buri ergänzt auf

**«Bericht zeigt, dass mit Steuergeld in gewissen Bereichen nicht sorgfältig umgegangen wird.»**

Andreas Glarner, Fraktionschef

Anfrage, man müsse die bisherige Praxis auf Optimierungspotenzial hin überprüfen.

**Glarner ob Ergebnis aufgebracht**

SVP-Fraktionspräsident Andreas Glarner, dessen Fraktion die Prüfung ausgelöst hat, ist indessen ob des Ergebnisses aufgebracht. Etwa, weil mehrere Belege zur Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) über rund 80000 Franken in einem anderen Bereich verbucht wurden, indem die Staatskanzlei Rechnungen übernommen habe, weil die betreffenden Arbeiten im Gesundheitsdepartement nicht budgetiert waren. Oder dass 2010 für die Bewachung von Asylunterkünften 2,7 Millionen Franken aufgewendet wurden. Der Bericht zeigt für ihn, «dass mit Steuergeldern in gewissen Bereichen nicht sorgfältig umgegangen wird, für manche ist der Staat offenbar ein Selbstbedienungsladen».

**Buri: Sorgfältiger Umgang mit Geld**

Das weist Peter Buri entschieden zurück: «Eine solche Pauschalableitung ist unstatthaft. Die gesunden Kantonsfinanzen zeugen auch von Ausgabendisziplin und Kostenbewusstsein.» Zu den GGpl-Rechnungen erklärt er, die Regierung habe damals Zusatzabklärungen verlangt, deren Kosten über die Staatskanzlei getragen wurden. Das liege im Ermessensspielraum. Zur Kritik an den Kosten für Zugangs- und Eingangskontrollen bei Asylunterkünften betont er, der Kanton sei für Ruhe und Ordnung verantwortlich. Er erfülle hier einen Auftrag des Bundes, der via Pauschalabgeltung einen Teil der Bewachungskosten übernehme. Man habe keine Luxuslösung und habe zwischen auch versucht, ohne Sicherheitsleute auszukommen.

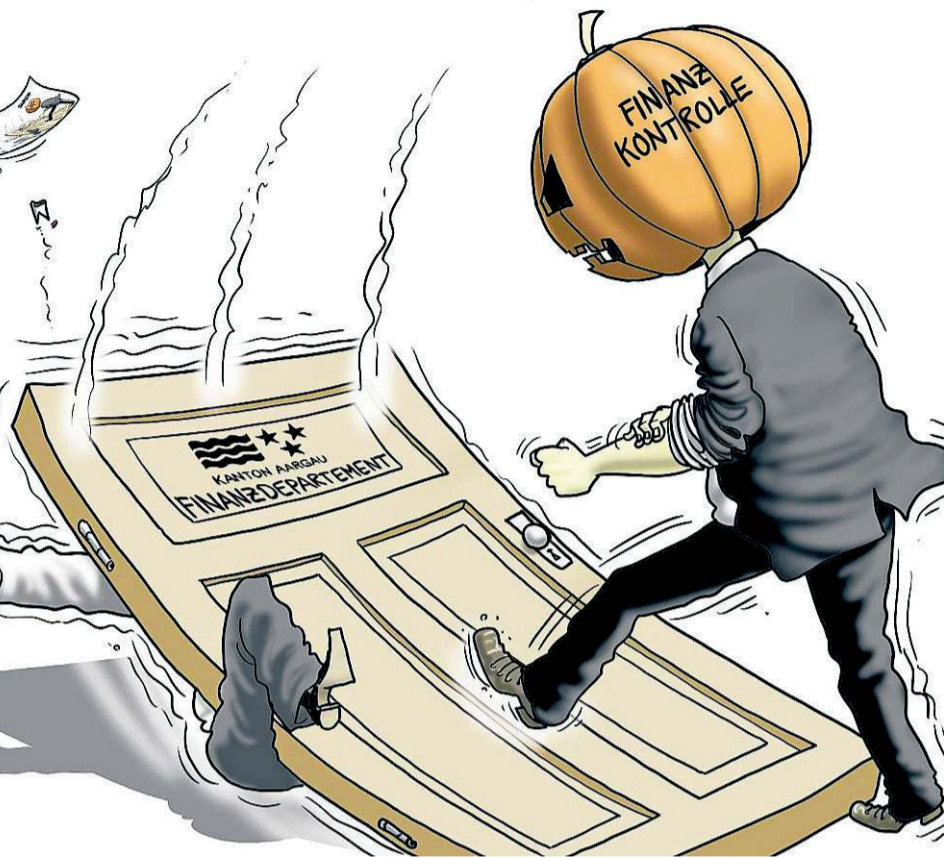
In einem Staatshaushalt von 4,5 Milliarden Franken und 200000 Buchungen könne es aber auch mal Unzulänglichkeiten geben. Dort werde man Korrekturen vornehmen. Buri: «Der Regierungsrat hat im Quervergleich bewiesen, dass er sorgfältig mit dem anvertrauten Geld umgeht.»

Für Andreas Glarner steht aber fest: Jetzt werde die SVP noch genauer hinschauen. Die Fraktion werde voraussichtlich Antrag stellen, das

SÜSSES ODER...



SAURES!!!



## ■ SOUNDING BOARD: KRITIK AN FUNKTION VON PETER SCHUHMACHER

Das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) verfügt über ein «Sounding Board» als beratendes Gremium für gesundheitspolitische Themen. Geleitet wurde es von Grossrat Peter Schuhmacher, Fraktionspräsident der Grünliberalen. Die Finanzkontrolle kritisiert in ihrem Bericht, dass für die Summe von insgesamt 60 000 Franken für die Moderation des Sounding Board ein Globalkredit fehlte. Es sei «sehr heikel, da der Moderator Grossrats-Mitglied ist und wegen der hohen Auftragssumme von gesamthaft über 60 000 Franken».

Peter Schuhmacher selbst nahm gestern auf Anfrage dieser Zeitung dazu keine Stellung. Kritik kommt dafür von FDP-Präsident Thierry Burkart. Er und SVP-Fraktionspräsident Andreas Glarner haben im Februar 2010 öffentlich Fragen zur Aufgabe von Peter Schuhmacher im Sounding Board gestellt und Antworten bekommen. Sie stellten sich



Moderierte das Sounding Board des DGS: Peter Schuhmacher.

Fragen zu den Kosten und wie die Unabhängigkeit des Parlamentariers

hinsichtlich gesundheitspolitischer Vorlagen im Grossen Rat zu beurteilen sei. Damals war in einem Beitrag von Tele M1 die Rede von etwa 6000 Franken. Laut Finanzkontrolle sind 2010 in drei Rechnungen 60 000 Franken zusammengekommen. Burkart sagt dazu: «Das geht nicht. Die Unabhängigkeit des betreffenden Parlamentariers gegenüber dem Gesundheitsdepartement ist nicht mehr gegeben.»

Regierungssprecher Peter Buri sagt dazu, dass man für die Moderation jemanden mit sachlichem und fachlichem Know-how brauche. Schuhmacher habe dies mitgebracht. Heikel wäre es seines Erachtens, wenn der betreffende Grossrat dort direkt in ein entsprechendes Geschäft involviert gewesen wäre. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, die Unabhängigkeit von Peter Schuhmacher sei unbestritten. (MKU)

Budget 2012–2015 «entsprechend zu kürzen».

Bemängelt wird auch, dass bei 17 Aufträgen das Submissionsdekret nicht eingehalten worden sei. Beispielsweise war in einem Merkblatt des Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) festgehalten, dass die Erteilung von Dienstleistungsaufträgen im medizinischen, im Bildungs- und sozialen Bereich nicht dem Submissionsrecht unterstehe. Seit einer Revision des Submissionsdekrets von 2006 gelte, dass «grundsätzlich alle Arten von öffentlichen Aufträgen der Submission unterstehen», so die Finanzkontrolle. Die Regierung schreibt dazu, sie beabsichtige, das Fachwissen in diesem Bereich vermehrt zu bündeln, um ein einheitliches, transparentes und effizientes Verfahren sicherzustellen.

**Wann ist Ausgabe wirtschaftlich?**

Die Finanzkontrolle unter Leitung von Werner Augstburger beurteilte im Weiteren die Wirtschaftlichkeit der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen. In Einzelfällen hätten Zweifel bestanden, «ob angesichts teilweise sehr hoher Stundenansätze bis 500 Franken und Tagesansätzen von 3000 Franken die Vergabe tatsächlich dem wirtschaftlich günstigsten Anbieter zugesprochen wurde». So sei die Häufigkeit eingeholter Zweitmeinungen aufgefallen (Beispiel Sounding Board, vgl. zweiten Artikel auf dieser Seite). Dazu schreibt die Regierung, nach

Vorliegen der detaillierten Feststellungen werde geprüft, ob der Erlas zusätzlicher Weisungen oder weitere Führungsinstrumente notwendig sind.

**Geschenke: Äusserst zurückhaltend**

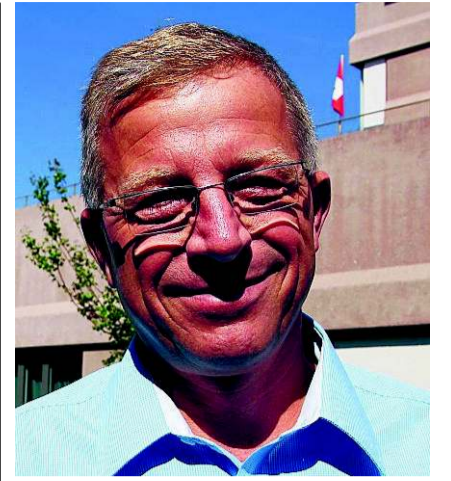
Genau angeschaut wurde auch die Vergabe von Geschenken (Pralinés, Früchtekörbe, Mittagessen etc.) als Anerkennung für Leistungen an Projektmitglieder oder Mitarbeitende. Kritisiert wird, dass 15 Schachteln

**«Regierung hat im Quervergleich bewiesen, dass sie sorgfältig mit anvertrautem Geld umgeht.»**

Peter Buri, Regierungssprecher

à Fr. 5.50 mit je 5 Pralinés, die für einen Projektabschluss verteilt wurden, falsch verbucht wurden. Kleine Geschenke im Sinne einer Anerkennung für besondere Leistungen sollen im Einzelfall möglich sein, schreibt sie. «Es ist jedoch äusserste Zurückhaltung geboten.»

Dazu hält die Regierung fest, Spontanprämien als Naturalgeschenke im Wert bis 300 Franken seien ausdrücklich vorgesehen. Man wolle dies genau wie «erfolgreiche Unternehmen der Privatwirtschaft» weiterhin zur Motivationssteigerung einsetzen.



Ueli Speich.

ZVG

## Gute Taten aus dem Hintergrund

**Aargauer des Jahres** Ueli Speich ist ein zurückhaltender Mensch. Seit vielen Jahren setzt er sich für körperlich behinderte Menschen ein. Seit 2000 ist er Stiftungsleiter des zeka Zentrum Aarau und letztes Jahr realisierte er das Wohnhaus Aargau in Dättwil. Damit entstanden Wohn- und Arbeitsplätze für Menschen mit schweren Körperbehinderungen. All diese Projekte trieb er voran, ohne sich selbst in den Vordergrund zu stellen. Das könnte sich ändern, wenn er zum Aargauer des Jahres gekürt werden würde. Als Speich von seiner Nomination erfuhr, erbat er sich zuerst Bedenkzeit. «Bei der Realisierung des Wohnhauses Aargau waren viele Personen beteiligt. Ich wollte nicht, dass diese Leistung auf mich reduziert wird», sagt der 53-jährige aus Jonen. Nach Rücksprache mit Familie und Arbeitskollegen entschied er sich, die Nomination anzunehmen.

**Vorfreude auf die Gala**

Seinem Naturell entsprechend betreibt er keine Werbung in eigener Sache: «Ich glaube, es gab im Aargau in den vergangenen Wochen genug Wahlkampf. Über den Preissträger soll allein die Bevölkerung entscheiden.» Man könnte annehmen, dass der zurückhaltende Ueli Speich der grossen Gala am 12. November mit gemischten Gefühlen entgegenblickt. Dieser Behauptung widerspricht der Nominierte vehement: «Ich freue mich auf die Gala, ob ich jetzt unter den Top drei bin oder nicht.» Es stimme zwar, dass er im Normalfall nicht so der Apéro-Typ sei. Doch er freue sich auf das Wiedersehen mit einigen Jury-Mitgliedern, die er persönlich kenne. Im Fall einer Wahl will Speich die Anliegen von Menschen mit körperlicher Behinderung bekannter machen. Generiere der Preis mehr Spenden, sei das nur ein schöner Nebeneffekt. (MWB)

**Die Neue Aargauer Bank NAB** kürt zum ersten Mal die Aargauerin, den Aargauer des Jahres. Bis zum 6. November kann im Internet unter [www.nabaward.ch](http://www.nabaward.ch) oder per SMS für die 9 Nominierten gestimmt werden. Aus den 3 Nominierten mit den meisten Stimmen wird am 12. November an einer grossen Gala der Aargauer des Jahres gewählt. Die az stellt die potenziellen Preissträger vor. (AZ)

## Die Nacht der faulen Eier

**Halloween** Bilanz der Halloween-Nacht: Über 50 Meldungen wegen groben Unfalls und Sachbeschädigungen gingen bei der Polizei ein. Hauptsächlich wurden Eier gegen Hausfassaden und Autos geworfen. Die Polizei konnte die Täter in etlichen Fällen ermitteln. Es handelte sich vor allem um Jugendliche, vereinzelt aber auch um Kinder im Alter erst um zehn Jahre. Wie man festgestellt habe, seien auffällig viele davon ausländischer Herkunft, so die Kantonspolizei. Immerhin gab es keine Meldungen über grössere Sachschäden oder Gewalt. (MOU)